

Massive Kostenexplosion: Berlins 29-Euro-Ticket vor dem Aus!

Die Berliner SPD muss das 29-Euro-Ticket aufgrund von Sparmaßnahmen einstellen. Millionen Kosten und Nutzerfragen bleiben.



Das 29-Euro-Ticket in Berlin, einst als Wahlgeschenk der SPD in der Wiederholungswahl 2023 eingeführt, wird nun aufgrund strenger Sparmaßnahmen abgeschafft. Der Senat unter der Führung von CDU und SPD plant, das beliebte Ticket, das erst im Juli 2024 eingeführt wurde, zum 1. Januar 2025 aus dem Angebot zu nehmen. Ursprünglich war das Ticket für 300 Millionen Euro eingeplant, doch die tatsächliche Nutzung blieb hinter den Erwartungen zurück, wie die Berliner Zeitung berichtete. Kurz vor der Einstellung konnten etwa 270.000 Abonnements verkauft werden, doch seit dem 11. Dezember können neue Abos nicht mehr erworben werden.

Finanzielle Folgen des Ticket-Aus

Die finanziellen Auswirkungen der Abschaffung sind enorm. Bis zum 12. Dezember 2024 flossen bereits 35 Millionen Euro an „Tarifersatzleistungen“ aus dem Landeshaushalt, so der Staatssekretär Johannes Wieczorek. Weitere 13,3 Millionen Euro stehen für bestehende Abonnements im Raum. Gesamt belaufen sich die Kosten auf über 52 Millionen Euro innerhalb der ersten sechs Monate. Mit den neu entwickelten Regelungen können bestehende Abonnenten ihre Tickets auch weiterhin für 29 Euro nutzen, obwohl das Deutschlandticket ab Januar 2025 auf 58 Euro steigen wird, was eine komplizierte Preisung für treue Kunden darstellt.

Die Entscheidung für die Abschaffung fand breiten Widerstand. Während die AfD die Streichung als positive Entwicklung darstellt, bezeichnete die Linke die Rücknahme als „absolute Katastrophe“. Kritiker argumentieren, dass das Angebot von Anfang an finanziell nicht tragfähig war, da es vollständig vom Land Berlin getragen wurde. Zumal jetzt Führungspersonlichkeiten der SPD, wie Franziska Giffey, mit diesen Entwicklungen unter Druck geraten. Wie die Berliner Zeitung berichtete, wird das 29-Euro-Ticket in der aktuellen Form nicht mehr fortgeführt werden und die Senatsverwaltung muss alternative Sparmaßnahmen umsetzen, während vor der Koalition insgesamt drei Milliarden Euro eingespart werden sollen.

Die gesamte Entwicklung zeigt, wie große politische Versprechen schnell unter dem Druck finanzieller Realitäten zerfallen können. Ob dies die Benutzerzahlen oder das Vertrauen der Wähler in die Politik nachhaltig beeinflusst, bleibt abzuwarten, während der Senat sich weiterhin auf den schwierigen Kurs der Haushaltskonsolidierung begeben muss, wie rbb24 berichtete.

Details	
Quellen	• www.berliner-zeitung.de • www.rbb24.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de